

Pressemitteilung
Kiel, 14.11.2003

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Küstenschutzamt in Husum stärken

"Für den SSW ist in Zusammenhang mit der Auflösung der Ämter für ländliche Räume entscheidend, dass die Aufgabenbereiche Küstenschutz und Küstengewässerkunde sowie Häfen in Zukunft weiterhin am Standort Husum angesiedelt bleiben. Denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im bisherigen Amt für ländliche Räume in Husum haben das Know-How und die Kontakte, um diese Aufgabenbereiche professionell zu erledigen. Dazu kommt, dass die Husum als Nordseestadt der ideale Ausgangspunkt für diese Aufgabenbereiche ist. Dazu schlagen wir vor, dass man bei der Neustrukturierung auch die Wasser- und Bodenverbände mit einbezieht. Es gilt hierbei Synergieeffekte zu erzielen. Denn die Wasser- und Bodenverbände haben technisches Gerät und das Know-How, auf das das zukünftige Amt für Küstenschutz, Küstengewässerkunde sowie Häfen zurückgreifen kann. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass die Wasser- und Bodenverbände für die Unterhaltung der Küstenschutzanlagen zuständig werden und dass zukünftige Ausbauprojekte und die genehmigungsrechtlichen Fragen weiterhin unter Federführung des zukünftigen Küstenschutzamtes in Husum erfolgen. Beide, das Küstenschutzamt und die Wasser- und Bodenverbände, könnten einen gemeinsamen Personalpool bilden, der ganzjährig zur Verfügung steht und mit dessen Hilfe man mehr Küstenschutz für die Region erreichen kann als mit zwei getrennten Organisationen. Hier lässt sich die kommunale Ebene hervorragend einbinden, was ja erklärtes Ziel der Landesregierung ist. Hier muss nur noch gehandelt werden. Ich glaube die Betroffenen vor Ort würden



lieber heute als morgen miteinander kooperieren", sagte der nordfriesische Landtagsabgeordnete Lars Harms zu den neuesten Planungen zur Verwaltungsmodernisierung der Landesregierung.

